

Universität Bern

Institut für Politikwissenschaft

Seminar: Parteien im Wandel

Dozent: Prof. Dr. Andreas Ladner

Abgabetermin: 30. September 2003

DIE BERUFSSTRUKTUREN IN DEN SCHWEIZER LOKALPARTEIEN

Inwiefern ist Kirchheimers Theorie der „Catch-All-Party“ noch aktuell?

Eingereicht von:

Carole Appenzeller

Aareweg 7

3270 Aarberg

00-104-026

Nico Häusler

Stettbrunnenweg 30

4132 MuttENZ

00-106-476

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	1
2. Theoretischer Hintergrund und Hypothese	2
3. Operationalisierung	4
4. Resultate	6
4.1. Gesamtschweizerische Betrachtung	6
4.1.1. Lücken in der Anhängerschaft 2002	6
4.1.2. Lücken in der Anhängerschaft im Vergleich mit dem Jahr 1990	7
4.1.3. Berufe der Aktiven 2002	9
4.1.4. Berufe der Aktiven im Vergleich mit dem Jahr 1990	9
4.2. Betrachtung nach Gemeindegrösse	10
4.2.1. Lücken in der Anhängerschaft 2002	10
4.2.2. Lücken in der Anhängerschaft im Vergleich mit dem Jahr 1990	12
4.2.3. Berufe der Aktiven 2002	16
4.2.4. Berufe der Aktiven im Vergleich mit dem Jahr 1990	18
4.3. Kantonale Betrachtung	20
4.3.1. Lücken in der Anhängerschaft 2002	20
4.3.2. Lücken in der Anhängerschaft im Vergleich mit dem Jahr 1990	23
4.3.3. Berufe der Aktiven 2002	25
4.3.4. Berufe der Aktiven im Vergleich mit dem Jahr 1990	26
5. Fazit	28
6. Literaturverzeichnis	29

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Lücken in der Anhängerschaft 2002, prozentualer Anteil der Ortssektionen, in denen die Berufsgruppe kaum oder nicht vertreten ist	7
Tabelle 2:	Lücken in der Anhängerschaft, prozentualer Anteil der Ortssektionen, in denen die Berufsgruppe kaum oder nicht vertreten ist; markanteste Änderungen 2002 gegenüber 1990	8
Tabelle 3:	Differenz zwischen der Partei mit der grössten und derjenigen mit der kleinsten Lücke bei der Anhängerschaft (in Prozentpunkten)	8
Tabelle 4:	Differenz zwischen der Partei mit dem grössten und derjenigen mit dem kleinsten Prozentsatz der jeweiligen Berufsgruppe bei den Aktiven (in Prozentpunkten)	10
Tabelle 5:	Differenz zwischen der Partei mit der grössten und derjenigen mit der kleinsten Lücke bei der Anhängerschaft (in Prozentpunkten); nach Gemeindegrösse	16
Tabelle 6:	Die Berufe der Aktiven 2002 in Gemeinden mit 2000 bis 4999 EinwohnerInnen	18
Tabelle 7:	Differenz zwischen der Partei mit dem grössten und derjenigen mit dem kleinsten Prozentsatz der jeweiligen Berufsgruppe bei den Aktiven (in Prozentpunkten); nach Gemeindegrösse	20
Tabelle 8:	Bauern/Bäuerinnen 2002 in der Anhängerschaft; Kantone Zürich, Bern und Luzern	22
Tabelle 9:	Differenz zwischen der Partei mit der grössten und derjenigen mit der kleinsten Lücke bei der Anhängerschaft (in Prozentpunkten); Kantone Zürich, Bern und Luzern	25
Tabelle 10:	Differenz zwischen der Partei mit dem grössten und derjenigen mit dem kleinsten Prozentsatz der jeweiligen Berufsgruppe bei den Aktiven (in Prozentpunkten); Kantone Zürich, Bern und Luzern	27

1. Einleitung

Die Schweizer Lokalparteien waren bis vor kurzem noch „terra incognita“, wie Geser (1994: 9) treffend feststellt. Dies trotz des ausserordentlich dichten Netzes von ca. 5500 lokalen Parteien in der Schweiz. Dank einer gross angelegten Umfrage in den Jahren 1990 und 2002 unter den PräsidentInnen sämtlicher Lokalparteien in der Schweiz stehen heute Daten zur Verfügung, mit deren Auswertung sich ein Seminar an der Uni Bern im Sommersemester 2003 befasste.

Das Thema unseres Beitrags ist die Untersuchung der Berufsstrukturen in den Schweizer Lokalparteien. Dazu betrachten wir die Berufsgruppen der Anhängerschaft und der Aktiven der Parteien. Wir beschränken uns auf die vier Regierungsparteien FDP, CVP, SP und SVP sowie auf die GPS. Der Grund liegt darin, dass diese genügend grosse Fallzahlen aufweisen und somit aussagekräftige Resultate liefern¹. Die Auswertung erfolgt in Form von Prozent- und Differenzvergleichen (vgl. Kapitel 3).

Von Kirchheimer (1965) übernehmen wir die Hypothese, dass die Parteien ihre „chasse gardée“, d.h. ihre Wählerschaft auf Klassen- oder Konfessionsbasis, verlieren und zu „catch-all-parties“ (Volksparteien) werden, die versuchen, Wählerstimmen aus allen sozialen Schichten (bzw. Berufsgruppen) zu gewinnen. Unsere Fragestellung lautet demzufolge: Haben sich die Schweizer Lokalparteien zwischen 1990 und 2002 (den beiden Erhebungsjahren) tendenziell von Massenintegrationsparteien zu Volksparteien gewandelt? Eine breitere Streuung der Berufsgruppen auf die Parteien betrachten wir dabei als Trend zur Volkspartei.

Das Schwergewicht unserer Seminararbeit liegt im empirischen Teil. Sie ist folgendermassen aufgebaut: Als erstes führt der theoretische Hintergrund in das Thema ein. Erläutert werden Kirchheimers Theorie von 1965 und andere wichtige Vertreter der Parteienforschung (von Beyme, Katz/Mair). Zweitens wird die Operationalisierung der Hypothese erklärt und anschliessend eine Erläuterung der Resultate vorgenommen. Diese werden gesamtschweizerisch und differenziert nach Gemeindegrösse und nach den Kantonen Zürich, Bern und Luzern untersucht. Zum Schluss erfolgt ein Gesamtüberblick in Form des Fazits.

¹ Wir betrachten Fallzahlen, die kleiner als 10 sind, als zu wenig aussagekräftig und setzen diese in den Tabellen darum auch jeweils in Klammern.

2. Theoretischer Hintergrund und Hypothese

Als zentral für unser Thema erachten wir Kirchheimer (1965), welcher im erwähnten Artikel die Entwicklung des westeuropäischen Parteiwesens seit dem 19. Jahrhundert beschreibt. Er beginnt mit der *individuellen Repräsentationspartei*, die im 19. Jahrhundert der vorherrschende Partientypus ist und als loser, kurzfristig ausgerichteter Zusammenschluss von Elitenangehörigen ohne Einbindung der Basis beschrieben werden kann. Synonym verwendet werden „Kaderpartei“ oder „Honoratiorenpartei“.

Durch integrative Bemühungen der sozialistischen Parteien kommt um die Jahrhundertwende ein neuer Partientypus auf: die *Massenintegrationspartei* (auch „Massen(mitglieder)partei“ genannt). Als Merkmale können die Disziplin der Anhängerschaft und die Identifikation mit der Partei genannt werden. Die AnhängerInnen stammen aus derselben sozialen Klasse oder haben dieselbe Konfessionszugehörigkeit und bilden dadurch eine relativ homogene Gruppe. Die Arbeiterschaft ist zwar in die Partei integriert, was aber nicht gleichzusetzen ist mit der Integration in das politische System. Als eine Ausnahme können die konfessionellen Parteien betrachtet werden, die sowohl die Basis in die Partei, als auch die Partei ins politische System integrieren können.

In der Nachkriegszeit – von Beyme datiert die Zäsur Mitte der 50er Jahre (2000: 29) – wird die Anerkennung der politischen Marktgesetze unvermeidlich, d.h. es gilt nur noch das Stimmenmaximierungsprinzip. Die Elitepartei verschwindet. Ebenso ist die Massenintegrationspartei einem starken Druck ausgesetzt, da nach dem Krieg die Klassenunterschiede weniger deutlich werden und sich die Gesellschaft weniger an Ideologien orientiert. An ihre Stelle tritt ein neuer Partientypus, nämlich die *Allerweltpartei*, bei welcher Kirchheimer bereits früher zwischen europäischen sozialistischen Massenparteien einerseits und konservativen oder christlichen Massenparteien andererseits unterscheidet (1953/54:295ff., zitiert nach Mintzel 1984:65). Synonym mit „Allerweltpartei“ sind die Bezeichnungen „Volkspartei“ und „catch-all-party“ (Mintzel 1984:98). Als Merkmale der Allerweltpartei werden im Artikel von 1965 unter anderen folgende Punkte erwähnt:

- Im Unterschied zur Integrationspartei konzentriert sich die Allerweltpartei auf die Wählerschaft anstatt auf die Mitgliederschaft. Dadurch erfolgt eine Entwertung der Rolle des einzelnen Parteimitgliedes, welches nur noch als WählerIn interessant ist.
- Sie kehrt sich ab von der „chasse gardée“, der Wählerschaft auf Klassen- oder Konfessionsbasis, und versucht stattdessen, die ganze Bevölkerung zu erreichen

- Die ideologische Durchdringung sinkt („Entideologisierung“), da durch Ideologie eine Abschreckung grosser Teile der Wählerschaft wahrscheinlich ist.
- Damit verbunden ist die Betonung derjenigen Punkte, die im Interesse möglichst vieler Gruppen sind. Die Gefahr der Interessenkollision verschiedener angesprochener Wählergruppen soll vermieden werden. Sicherer ist die Konzentration auf Fragen, die in der Gesellschaft kaum kontrovers sind.
- Umwälzende politische Änderungen werden nicht mehr angestrebt, da keine Wählergruppe vergrämt werden soll; die Unbestimmtheit der Parteiprogramme nimmt zu.

Abgeleitet aus dem zweiten Punkt formulieren wir unsere *Hypothese*, die lautet:

Die Parteien verlieren ihre „chasse gardée“ und werden zu „catch-all-parties“ (Allerweltparteien, echten Volksparteien), die versuchen, Wählerstimmen aus allen sozialen Schichten (bzw. Berufsgruppen) zu gewinnen.

Der von uns untersuchte Volkspartei-Indikator – die Homogenisierung der Anhänger- und Mitgliederschaften der Parteien – ist aber nur einer unter vielen. Von Beyme (2000: 32f.) nennt als weitere: strategische Flexibilität, Ämtermaximierung („office-seeking“), Zentralisierung der Machtstrukturen u.a.. Er relativiert die Vorstellung, dieser neue Parteityp habe sich in allen Ländern und Parteien durchgesetzt (2000: 30). Kirchheimers Kriterien wurden sehr oft selektiv herausgegriffen und nach Bedarf verwendet, als die Parteien der Mitte den Begriff vom Unwort zum Ehrentitel umfunktionierten und mit ihm Wählerwerbung betrieben. Als bekanntestes Beispiel ist diesbezüglich die deutsche CDU zu nennen. Volksparteien im wörtlichen Sinn habe es lediglich bei ethnischen Parteien von Minderheiten gegeben (Südtirol, Baskenland als Beispiele).

Viele ältere Parteitypologien beschränken sich auf die besprochenen 3 Typen: die Kaderpartei, die Massenintegrationspartei und die Volkspartei. Katz und Mair (1993) lancierten die Diskussion eines neuen, vierten Parteidyps: der *Kartellpartei* („cartel party“). Sie beschreiben im vielbeachteten Artikel von 1993 den neuen Parteidyp bestehend aus den drei Teilen „party on the ground“ (Mitgliederschaft), „party in public office“ (gewählte VertreterInnen der Partei in öffentlichen Ämtern) und „party in central office“ (professionelle Bürokratie der Parteizentrale), wobei sie eine zunehmende Machtverschiebung von den beiden ersten zum letztgenannten Teil der Partei diagnostizieren. Unsere Untersuchung handelt demgegenüber nicht von den Machtverhältnissen innerhalb der Parteien, sondern von der sozial-strukturellen

Zusammensetzung der Anhänger- bzw. Wählerschaft. Eine empirische Bestätigung unserer Hypothese würde aus diesem Grund der Theorie Katz' und Mairs nicht widersprechen.

3. Operationalisierung

Um die Theorie Kirchheimers zu untersuchen, betrachten wir die Variable Berufsstrukturen der Anhängerschaft und der Aktiven in den Schweizer Lokalparteien. Wir fragen uns, ob sich die Parteien ähnlicher werden, was die Berufsstruktur der Anhängerschaft und der Aktiven betrifft. Die Untersuchung der Exekutivmitglieder entfällt, da diese in der Hypothese Kirchheimers nicht angesprochen sind, sondern nur die WählerInnen. Selbstkritisch ist anzumerken, dass Kirchheimer die von uns verwendete These relativ offen formuliert und nicht nur in Bezug auf die Berufe, sondern von den „sozialen Schichten“ spricht. Die Zugehörigkeit zu einer solchen müsste aber mit weiteren Indikatoren wie Berufsabschluss oder finanziellen Verhältnissen (Einkommen und Vermögen) gemessen werden. Um den Rahmen unserer Arbeit nicht zu sprengen, beschränken wir uns auf die Untersuchung der Berufsstrukturen.

Zur Anhängerschaft einer Ortspartei zählen alle Personen, welche aufgrund ihres Interesses, Engagements oder ihrer Sympathie für diese Partei regelmässig zu den verschiedenen Veranstaltungen dieser Partei eingeladen werden.

Aktive sind alle Personen, welche sich in irgendeiner Form für die Ortspartei einsetzen und im Prinzip auch für eine Mitarbeit zur Verfügung stehen.

Wir halten uns an die Datensätze einer schriftlichen Vollerhebung der Jahre 2002 und 1990 und versuchen festzustellen, inwiefern sich in dieser Zeitspanne Veränderungen im Sinne unserer Hypothese ergaben.

Die Grundgesamtheit umfasst alle Lokalparteien in der Schweiz.

Zur Beantwortung unserer Fragestellung beziehen wir uns auf folgende Fragen des Fragebogens:

- Welche der untenstehenden Berufskategorien sind in der **Anhängerschaft** ihrer Ortspartei kaum oder gar nicht vertreten?
Freiberufliche, Bauern/Bäuerinnen, Gewerbetreibende, Industrielle, Hausfrauen/-männer, leitende Angestellte, mittlere/untere Angestellte, ArbeiterInnen, BeamtenInnen, Studierende, LehrerInnen, RentnerInnen.
- Wie viele **Aktive** Ihrer Ortspartei sind...

Freiberufliche, Bauern/Bäuerinnen, Gewerbetreibende, Industrielle, Hausfrauen/-männer, leitende Angestellte, mittlere/untere Angestellte, ArbeiterInnen, BeamtenInnen, Studierende, LehrerInnen, RentnerInnen, anderes.

Wir werten die Fragen anhand von Prozentvergleichen aus. Zusätzlich versuchen wir den Trend zu einem Parteiensystem mit Volksparteien dadurch festzustellen, dass wir die Differenz zwischen der Partei mit dem geringsten Prozentanteil einer Berufsgruppe und derjenigen mit dem höchsten Anteil messen. Liegen diese beiden Extrem-Parteien 1990 weiter auseinander als 2002 (d.h. liegen mehr Prozentpunkte zwischen ihnen), deuten wir das als Zeichen einer Entwicklung zum Typus der Volkspartei hin. Und zwar darum, weil in einem Parteiensystem voller Volksparteien alle Parteien hinsichtlich der Anhängerschaft relativ homogen sind, die Partei mit den wenigsten VertreterInnen einer Berufsgruppe also nur knapp weniger von diesen hat als diejenige mit den meisten VertreterInnen dieser Berufsgruppe. Dabei sind wir uns allerdings bewusst, dass diese Messung der Tendenz zur Volkspartei sehr anfällig ist auf Ausreisser. So könnte man sich etwa vorstellen, dass die vier Bundesratsparteien in etwa den gleichen Anteil an Studierenden aufweisen, die Grünen aber 20 Prozentpunkte mehr als SP, CVP, FDP und SVP. In diesem Falle würden wir eine grosse Differenz messen, obwohl die vier bedeutenderen Parteien sehr nahe beieinander liegen und das Ergebnis wäre verzerrt.

Zur differenzierten Betrachtung der Berufsstrukturen in den Parteien werden die Resultate nach den Kantonen Zürich, Bern und Luzern und nach Gemeindegrössen (-1999, 2000-4999, 5000-9999, 10000-19999, 20000 und mehr) aufgeschlüsselt. Die Betrachtung nach Sprachregionen entfällt, da keine bemerkenswerten Ergebnisse zu erwarten sind.

4. Resultate

4.1. Gesamtschweizerische Betrachtung

4.1.1 Lücken in der Anhängerschaft 2002

Anders als die Fragen zu den Aktiven wurde bei der Anhängerschaft gefragt, ob in der Ortssektion eine Lücke bei den genannten Berufsgruppen besteht. Eine hohe Prozentzahl bedeutet also nicht, dass viele Angehörige dieser Berufsgruppe unter der Anhängerschaft sind, sondern wenige bis keine. In Anlehnung an Ladner/Schaller (1994:79f.) erachten wir eine Lücke als gross, wenn mehr als 20% der betrachteten Sektionen angeben, dass die Berufsgruppe bei ihnen nicht vertreten bzw. stark untervertreten ist.

Bei der Betrachtung der Zahlen fällt auf, dass das klassische Bild der Parteien und ihrer Anhängerschaften relativ gut bestätigt wird. Es hat viele Freiberufliche bei der FDP und den Grünen, bezüglich Bäuerinnen und Bauern gibt es grosse Lücken bei der FDP, SP und den Grünen. Weniger frappant sieht es bei der CVP aus. SP und GPS haben erwartungsgemäss auch erhebliche Lücken bei Gewerbetreibenden und Industriellen, stehen dafür eher in der Gunst der Studierenden und der LehrerInnen als die drei bürgerlichen Bundesratsparteien. Die ArbeiterInnen fehlen in der Anhängerschaft vieler FDP-Lokalsektionen, CVP- und SP-Sektionen melden ca. gleiche Anteile. Auch das Cliché der SP als Beamtenpartei wird gestützt, liegt der Anteil der Sektionen mit einer Lücke bei dieser Berufsgruppe doch nur bei 11%, während er bei Bürgerlichen und Grünen zwischen 18% (Grüne) und 31% (SVP) liegt.

Tabelle 1: Lücken in der Anhängerschaft 2002, prozentualer Anteil der Ortssektionen, in denen die Berufsgruppe kaum oder nicht vertreten ist

	FDP	CVP	SVP	SP	GPS
Freiberufliche	16%	24%	28%	41%	13%
Bauern/Bäuerinnen	57%	34%	14%	84%	63%
Gewerbetreibende	13%	16%	11%	59%	49%
Industrielle	28%	60%	49%	83%	87%
Hausfrauen/-männer	18%	11%	12%	10%	8%
Leitende Angestellte	9%	12%	16%	19%	14%
Mittlere/untere Angestellte	10%	8%	11%	7%	7%
ArbeiterInnen	46%	15%	20%	14%	35%
BeamtenInnen	24%	20%	31%	11%	18%
Studierende	52%	58%	62%	33%	21%
LehrerInnen	44%	36%	65%	13%	11%
RentnerInnen	11%	11%	11%	14%	31%
N=	527	415	388	514	71

Grau eingefärbt sind die markantesten Werte.

4.1.2. Lücken in der Anhängerschaft im Vergleich mit dem Jahr 1990

Auch für das Jahr 1990 kann von einer den Erwartungen entsprechenden Verteilung der Berufsgruppen auf die Parteien gesprochen werden. Die markantesten Verschiebungen seien im Folgenden erwähnt. Die Zahlen dazu sind in Tabelle 2 kurz zusammengefasst: Freiberufliche fühlen sich 2002 bei der CVP deutlich wohler als 12 Jahre vorher, was als Zeichen einer Verschiebung nach rechts, in Richtung der traditionellen Freischaffenden-Partei – der FDP – gedeutet werden könnte. Die SVP muss Einbussen bei der Bauernschaft verzeichnen – eine Folge der Konzentration auf das eher städtische Wählersegment, welches vorher SP gewählt hat. So kann sich die SVP einer Zunahme bei der Arbeiterschaft erfreuen. Ähnlich sieht es bei den Grünen aus. Die SVP kann aber nicht nur bei den unteren sozialen Schichten zulegen, auch die Industriellen fehlen in den Anhängerschaften der SVP-Lokalsektionen immer weniger. Ebenso kann die SP bei einer sozial höher gestellten Wählergruppe, den leitenden Angestellten, Zuwachs verzeichnen, was ins Bild einer SP entspricht, die ihre AnhängerInnen vermehrt bei den besser Verdienenden rekrutiert. Eine Abnahme muss die SVP offenbar bei den BeamtenInnen verzeichnen.

Tabelle 2: Lücken in der Anhängerschaft, prozentualer Anteil der Ortssektionen, in denen die Berufsgruppe kaum oder nicht vertreten ist; markanteste Änderungen 2002 gegenüber 1990

	1990	2002
Freiberufliche CVP	35	24
Bauern/Bäuerinnen SVP	9	14
Industrielle SVP	63	49
Leitende Angestellte SP	29	19
ArbeiterInnen SVP	36	20
ArbeiterInnen GPS	51	35
BeamtenInnen SVP	23	31

Als interessant erweist sich der Differenzvergleich: In allen Kategorien ausser bei den BeamtenInnen und den LehrerInnen liegt 1990 die Partei mit der grössten Lücke weiter von derjenigen mit der kleinsten Lücke entfernt, d.h. in allen ausser den genannten Kategorien liegen 2002 weniger Prozentpunkte zwischen den beiden Werten als noch 1990 (vgl. Tabelle 3). Dies deuten wir als Hinweis auf eine Tendenz zur Volkspartei (vgl. Kapitel „Operationalisierung“).

Tabelle 3: Differenz zwischen der Partei mit der grössten und derjenigen mit der kleinsten Lücke bei der Anhängerschaft (in Prozentpunkten)

	1990	2002
Freiberufliche	35	28
Bauern/Bäuerinnen	75	70
Gewerbetreibende	59	48
Industrielle	68	59
Hausfrauen/-männer	11	10
Leitende Angestellte	19	10
Mittlere/untere Angestellte	7	4
ArbeiterInnen	40	32
BeamtenInnen	11	20
Studierende	62	41
LehrerInnen	48	54
RentnerInnen	35	20

Grau eingefärbt sind die erwähnten Ausnahmen.

Des Weiteren fällt auf, dass 2002 weniger CVP- und SP-Sektionen Lücken bei den Freischaffenden angeben (24% statt 35% bzw. 41% statt 53%) und dass 14% der SVP-Sektionen (anstatt 9%) Lücken bei den Bauern haben. Trotzdem kann sie immer noch als „die“ Bauernpartei bezeichnet werden. Dafür verzeichnet die SVP 2002 eine kleinere Lücke als 1990 bei den Industriellen und bei der Arbeiterschaft.

4.1.3 Berufe der Aktiven 2002

Bei der Erhebung der Berufszugehörigkeit der Aktiven wurde gefragt, wie viele Personen der aufgeführten Berufsgruppe vertreten sind. Die Prozentzahl entspricht also dem Anteil der auf dem jeweiligen Beruf Tätigen an der Gesamtheit der Aktiven einer Partei.

Bei den Aktiven ergibt sich ein ähnliches Bild wie bei der Anhängerschaft. Daher seien hier nur die wichtigsten Punkte erwähnt: Die SVP zeigt sich als Bauernpartei (25% der Aktiven sind Bauern und Bäuerinnen), die Bürgerlichen – vor allem die SVP – wird begünstigt von den Gewerbetreibenden (11-18%), SP und Grüne sind dafür bei der Lehrerschaft stark (12 und 13%). Industrielle, ArbeiterInnen und Studierende sind bei den Aktiven aller betrachteten Parteien wenig vertreten.

4.1.4 Berufe der Aktiven im Vergleich mit dem Jahr 1990

Die wichtigsten Veränderungen sehen folgendermassen aus: Der Anteil der Bauern und Bäuerinnen an den Aktiven aller Parteien (wie auch an der Gesamtbevölkerung) ist gesunken, besonders deutlich bei der SVP (von 31% auf 25% der Aktiven). Eine Ausnahme bilden die Grünen (von 1% auf 2%), was in Zusammenhang mit der aufgekommenen Diskussion um die „grüne“ Gentechnologie gesehen werden muss. Die Hausfrauen und -männer können ihre Anteile bei allen untersuchten Parteien steigern. Die ArbeiterInnen sind bei der SP 2002 nur noch mit 7% (1990: 12%) vertreten, was wiederum zum Bild der SP als Mittelstandspartei passt. Eine Zunahme kann aber auch die SVP nicht verzeichnen. Interessanterweise steigert sich der Anteil der RentnerInnen an den Aktiven der Grünen von 2% auf 8%, während die Studierenden 2002 nur noch 5% der Aktiven dieser jüngsten der betrachteten Parteien ausmachen (1990: 11%).

Beim Differenzvergleich der Aktiven zwischen 2002 und 1990 ist Ähnliches zu sagen wie bereits bei der Anhängerschaft. Wie in Tabelle 4 dargestellt, ist die Differenz zwischen der Partei mit dem kleinsten Prozentsatz einer Berufsgruppe und derjenigen mit dem grössten überall gesunken oder stagniert. Eine Ausnahme bildet hier die Kategorie der mittleren/unteren Angestellten.

<i>Tabelle 4: Differenz zwischen der Partei mit dem grössten und derjenigen mit dem kleinsten Prozentsatz der jeweiligen Berufsgruppe bei den Aktiven (in Prozentpunkten)</i>		
	1990	2002
Freiberufliche	6	6
Bauern/Bäuerinnen	30	24
Gewerbetreibende	13	13
Industrielle	4	2
Hausfrauen/-männer	10	4
Leitende Angestellte	7	7
Mittlere/untere Angestellte	10	11
ArbeiterInnen	10	4
BeamtenInnen	7	5
Studierende	10	4
LehrerInnen	14	11
RentnerInnen	8	4

Grau eingefärbt ist die erwähnte Ausnahme.

4.2. Betrachtung nach Gemeindegrösse

4.2.1. Lücken in der Anhängerschaft 2002

Freiberufliche sind bei allen vier Bundesratsparteien in Gemeinden mit weniger als 2000 EinwohnerInnen schwach vertreten. Während sogar bei der FDP 23% antworten, kaum Freiberufliche in ihrer Ortspartei zu haben, sind es bei der CVP 26%, bei der SVP 31% und bei der SP 52%. In Gemeinden mit mehr als 2000 EinwohnerInnen wird diese Lücke bei der FDP mit 12% geschlossen. Diese Zahl verringert sich in Gemeinden ab 20000 EinwohnerInnen bis zu 5%. Ein Grund für diese Unterschiede bei der FDP ist wohl die Tatsache, dass in grösseren Gemeinden prozentual viel mehr Freiberufliche vorhanden sind. Die SP und die SVP haben unabhängig von der Gemeindegrösse kaum Freiberufliche in ihren Lokalsektionen. Durchschnittlich weisen sie 41% bzw. 28% Lokalsektionen auf, die einen Mangel bei den Freiberuflichen aufweisen. Dies deckt sich mit der gängigen Betrachtung der SP als Angestellten- und der SVP als Bauern- und Kleingewerbepartei.

Die Bauern und Bäuerinnen sind überrepräsentiert bei der SVP mit einer schwachen Vertretung bei durchschnittlich nur 14% der Lokalparteien. Grosse Lücken über alle Gemeindegrössen weisen die FDP, CVP, SP und GPS auf mit durchschnittlich 57%, 34%, 84% und 63% der Lokalsektionen, die diesen Beruf kaum vertreten haben. Diese Vertretung ist umso schlechter, je grösser die Gemeinde ist. Der Grund für diesen Trend ist wahrscheinlich der abnehmende Bauernanteil mit zunehmender Gemeindegrösse.

Die zwei linken Parteien weisen kaum Gewerbetreibende auf, was einem Durchschnitt von 59% bei den SP-Lokalparteien und 49% bei den GPS-Lokalsektionen entspricht, die bei der Anhängerschaft einen Mangel an dieser Berufskategorie aufweisen. Bei der SP verstärkt sich diese Unterrepräsentation mit zunehmender Grösse der Gemeinde und findet in den grössten Gemeinden ab 20000 EinwohnerInnen den Höhepunkt mit einer Lücke von 82%. Hier ist klar ersichtlich, dass die linken Parteien Gewerbetreibende nicht ansprechen, was nicht in Richtung der Kirchheimerschen These geht. Bei den Hausfrauen und -männern weist einzig die FDP mit 22% eine etwas knappe Vertretung auf in Gemeinden mit mehr als 20000 EinwohnerInnen. Auch im Durchschnitt über alle Gemeindegrössen werden sie in der FDP am wenigsten gut repräsentiert mit 18%, während sie in der GPS am besten vertreten sind mit durchschnittlich 8%. Alles in allem sind sie eigentlich in allen Parteien unabhängig von der Gemeindegrösse gut vertreten.

Die leitenden Angestellten sind bei der Anhängerschaft in den Lokalsektionen gut vertreten über alle Gemeinden hinweg. Die SP weist eine kleine Lücke auf in Gemeinden unter 5000 EinwohnerInnen (24% in Gemeinden bis 1999 EinwohnerInnen, 22% in Gemeinden zwischen 2000-4999 EinwohnerInnen) und die SVP in Gemeinden zwischen 10000 und 19999 EinwohnerInnen (21%). Auch die mittleren und unteren Angestellten sind in allen Parteien häufig zu finden. Was die Angestellten anbetrifft, kann man die Hypothese von Kirchheimer nicht verwerfen.

Schlecht vertreten sind die ArbeiterInnen bei der FDP und der GPS mit durchschnittlich 46% beziehungsweise 35%. Mit zunehmender Gemeindegrösse verstärkt sich diese Lücke bei der FDP auf 67% ab 20000 EinwohnerInnen. In Gemeinden mit mehr als 10000 EinwohnerInnen sind die ArbeiterInnen auch in der CVP (29%) kaum mehr vorhanden.

Was die Lücken in der Anhängerschaft bei den BeamtInnen anbelangt, muss man erwähnen, dass es sowohl bei der SVP als auch bei der FDP relativ konstante Lücken dieser Berufsgattung gibt. Bei der letzteren Partei bilden die Gemeinden mit 5000-9999 EinwohnerInnen eine Ausnahme mit 16% Lokalsektionen, die angeben, kaum oder keine BeamtInnen in ihrer Partei zu haben.

LehrerInnen sind nur bei der SP und der GPS häufig zu finden mit durchschnittlich 13% bzw. 11% Sektionen mit Lücken. Alle anderen Parteien weisen unabhängig von der Gemeindegrösse Lücken auf. Die Vertretung der LehrerInnen in der Anhängerschaft der SP verbessert sich mit zunehmender Gemeindegrösse. Während in Gemeinden bis 1999 EinwohnerInnen 19% der Lokalsektionen der SP kaum LehrerInnen vertreten haben, sind es in Gemeinden mit mehr als 20000 EinwohnerInnen 0%.

Einige Berufskategorien wie die Bauern und Bäuerinnen oder LehrerInnen sind nur in gewissen Parteien gut vertreten, während andere wie Hausfrauen/-männer oder Angestellte von allen Parteien angesprochen werden. Die These von Kirchheimer kann somit nur für gewisse Berufsgruppen klar falsifiziert werden.

4.2.2. Lücken in der Anhängerschaft im Vergleich mit dem Jahr 1990

Auch im Jahr 1990 ergibt sich bei den Freiberuflichen ein ähnliches Bild. In kleinen Gemeinden mit weniger als 1999 EinwohnerInnen sind die Freiberuflichen in allen vier Regierungsparteien kaum vertreten. Bei der FDP geben auch hier ganze 25% der Lokalparteien an, kaum Freiberufliche in ihrer Partei zu haben, bei der SVP sind es 33% und bei der SP 59%. Die grösste

Veränderung weist die CVP auf. Die Lücke ist 1990 mit 38% um 12 Prozentpunkte höher als im Jahre 2002. Der zweitgrösste Unterschied kommt der SP zu, bei der 1990 um 7 Prozentpunkte mehr Lokalparteien angeben kaum Freiberufliche in ihrer Partei zu haben. In Gemeinden, die zwischen 2000 und 4999 EinwohnerInnen haben, sind es wiederum die CVP und die SP, die die grössten Veränderungen aufweisen gegenüber 2002. Während bei der CVP um 9 Prozentpunkte weniger Lokalsektionen angeben kaum Freiberufliche in ihrer Partei zu haben, sind es bei der SP sogar um 15 Prozentpunkte weniger im Jahre 2002. Dafür verantwortlich ist wohl, dass die SP vermehrt auch den Mittelstand anspricht und somit mehr freiberufliche Anhänger hat im Jahr 2002. Auch in den grösseren Gemeinden sind es die CVP und die SP, die jedoch hier die grössten Abnahmen an Freiberuflichen in ihren Parteien zu verzeichnen haben. In Gemeinden ab 5000 EinwohnerInnen sind die Veränderungen auch bei der SVP gross. Die Lücken haben sich im Grossen und Ganzen über alle Parteien hinweg bei den Freiberuflichen in allen Gemeindegrössen verkleinert, ausser in den Gemeinden mit mehr als 20000 EinwohnerInnen. Hier geben im Jahre 1990 um 10 Prozentpunkte weniger FDP-Lokalsektionen an einen Mangel an Freiberuflichen zu haben.

Im Jahr 1990 hat auch alleine die SVP keine Lücke bei der Bauernschaft zu verzeichnen. Diese Berufskategorie ist aber damals besser vertreten in der SVP. In Gemeinden mit weniger als 1999 EinwohnerInnen geben 1990 nur 6% der Lokalparteien an, kaum Bauern und Bäuerinnen in ihrer Partei zu haben, in Gemeinden zwischen 2000-4999 EinwohnerInnen 8% und in Gemeinden mit 5000 bis 9999 EinwohnerInnen 7%. Dies ergibt eine Abnahme von 8,4 bzw. 8 Prozentpunkten in 2002 für die drei unterschiedlichen Gemeindegrössen. Nur Gemeinden zwischen 10000 bis 19999 EinwohnerInnen haben eine Zunahme von 7 Prozentpunkten. Dies ergibt im Durchschnitt 8% der SVP-Lokalsektionen, die einen Mangel an Bauern und Bäuerinnen aufweisen.

Diese durchschnittliche Abnahme an Bauern und Bäuerinnen in der SVP hat wohl damit zu tun, dass der Bauernstand in der Schweiz am Sinken ist durch die zunehmende Liberalisierung und Öffnung des Lebensmittelmarktes. Ein weiterer Grund könnte sein, dass die Bauern und Bäuerinnen sich weniger mit der SVP identifizieren und zu anderen Parteien wechseln. Jedoch weist nur die CVP im Durchschnitt eine kleine Zunahme an dieser Berufskategorie auf.

Die Lücken bei den Gewerbetreibenden sind auch im Jahr 1990 bei den linken Parteien am grössten. Durch die geringen Fallzahlen bei der GPS beziehen wir uns hier jedoch nur auf die SP. Die Lücke ist durchschnittlich über alle Gemeindegrössen hinweg bei der SP um 8 Prozentpunkte

kleiner geworden im Jahre 2002, was ein Trend in Richtung Volkpartei nach Kirchheimer sein könnte. Diese Abnahme wird vor allem durch die Gemeinden mit 2000 bis 1999 EinwohnerInnen veranlasst. Bei den kleinsten Gemeinden bleibt die Lücke bei 54% konstant, während die grössten Gemeinden eine Zunahme der Lücke um 6 Prozentpunkte bei den Gewerbetreibenden aufweisen.

Die Hausfrauen und -männer sind auch 1990 in allen Parteien gut vertreten. Die Lücke bei der FDP in Gemeinden ab 20000 EinwohnerInnen im Jahre 2002 ist 1990 noch nicht vorhanden. Diese Berufskategorie ist 1990 in allen Parteien durchschnittlich besser vertreten. Vor allem die FDP hat eine Abnahme an Hausfrauen/-männern in der Anhängerschaft in den zwei kleineren und den zwei grösseren Gemeindegrössen zu verzeichnen (von durchschnittlich 7 Prozentpunkten). Da es nicht zu einer Verschiebung der Hausfrauenanteile zwischen den Parteien gekommen ist, muss die Abnahme wohl damit begründet sein, dass die Anhängerschaft der Hausfrauen/-männern abgenommen hat, weil die Frauen vermehrt beruflich aktiv werden und somit weniger Zeit für politische Auseinandersetzungen haben (die Hausmänner bilden wohl eine verschwindend kleine Minderheit).

Die leitenden Angestellten sind 1990 vor allem bei den rechten Parteien gut vertreten. Einzig die CVP weist mit 23% eine kleine Lücke auf in Gemeinden mit weniger als 1999 EinwohnerInnen. Diese wird aber bis 2002 aufgehoben. Diese Berufskategorie ist in der SP mit durchschnittlich 30% Lokalsektionen, die angeben kaum leitende Angestellte in ihren Sektionen zu haben, schlecht vertreten. Unabhängig von der Gemeindegrösse weisen die SP-Lokalsektionen 1990 kaum leitende Angestellte auf. Die Lücken sind in den kleinsten und in den grössten Gemeinden mit 33% am extremsten. Die Veränderungen bei der SP bei dieser Berufskategorie sind auffällig gross. 2002 weisen nur noch die Lokalsektionen der zwei kleinsten Gemeinden minimale Lücken von 24% bzw. 22% auf, was trotzdem mit einer Abnahme von 9 bzw. 7 Prozentpunkten verbunden ist. In Gemeinden ab 5000 EinwohnerInnen ist diese Lücke 2002 verschwunden. Dieser Trend zeigt, dass die SP von der Arbeiterpartei zu einer Mittelstandspartei wechselt und immer mehr auch besser gestellte Personen anspricht. Diese Entwicklung wäre in Sinne von Kirchheimer, da die SP eine breitere Streuung der Berufe ihrer Anhängerschaft aufweist und sich so zu einer Volkpartei entwickelt.

Bei den mittleren und unteren Angestellten sind keine frappanten Unterschiede zwischen 1990 und 2002 festzustellen. Sie sind in beiden Erhebungen bei allen Parteien und Gemeindegrössen

recht gut vertreten. Auch dieses Bild würde die These von Kirchheimer bestätigen, da diese Berufskategorie von allen Parteien mehr oder weniger angesprochen wird.

Was die Berufskategorie der ArbeiterInnen anbelangt, sind die grössten Veränderungen bei der SVP aufzufinden. 1990 geben durchschnittlich 36% der SVP-Lokalsektionen an, kaum ArbeiterInnen in ihrer Partei zu haben, während es im Jahre 2002 nur noch 20% sind. Die grösste Zunahme an dieser Berufskategorie ist in mittleren Gemeinden aufzuweisen und zwar handelt es sich dabei um eine Zunahme von 29 Prozentpunkten bei Gemeinden mit 5000-9999 EinwohnerInnen und 34 Prozentpunkten in Gemeinden zwischen 10000-19999 EinwohnerInnen. Die SP hat gleichzeitig etwas an ArbeiterInnen eingebüsst bei ihrer Wählerschaft, ausser in Gemeinden mit 10000-19999 EinwohnerInnen. Auch nach diesem Trend könnte man argumentieren, dass die SVP sich in Richtung Volkspartei entwickelt, da sie vermehrt auch ArbeiterInnen anspricht, trotz der Abnahme dieser Berufskategorie in der Gesamtbevölkerung. Die SP hingegen, die sich früher als Arbeiterpartei profiliert hat, büsst etwas an AnhängerInnen bei dieser Berufskategorie ein. Es handelt sich durchschnittlich aber nur um einen Verlust von 4 Prozentpunkten, was auch mit der Abnahme dieses Berufs in der Gesamtbevölkerung zu tun haben kann.

Die Lücken, die die FDP an BeamtInnen 2002 über fast alle Gemeindegrössen aufweist, sind 1990 nur in Gemeinden bis 4999 EinwohnerInnen vorhanden. Die FDP hat in Gemeinden ab 10000 EinwohnerInnen stark an BeamtInnen eingebüsst bei ihrer Anhängerschaft. 1990 geben nur 5% der FDP-Lokalsektionen in Gemeinden mit 10000-19999 EinwohnerInnen einen Mangel an BeamtInnen an und in Gemeinden mit mehr als 20000 EinwohnerInnen 7%, während es 2002 27% bzw. 28% sind. Bei der CVP ist die Abnahme ebenfalls vorhanden, ausser in den grössten Gemeinden, bei denen in beiden Erhebungen 0% kaum BeamtInnen aufweisen. Die Abnahme ist durch die Auflösung des Beamtenstatus oder den Rechtsrutsch der rechten Parteien erklärbar. Bei der SP sind im Durchschnitt keine Veränderungen feststellbar.

Die SP-Lokalsektionen können zwischen den zwei Erhebungen über alle Gemeindegrössen hinweg eine Zunahme der Lehrerschaft aufweisen. Am grössten ist dieser Zuwachs mit 14 Prozentpunkten in Gemeinden ab 20000 EinwohnerInnen. Die LehrerInnen sind in den rechten Parteien auch 1990 schlecht vertreten.

Wenn man nun auch hier die Differenzen zwischen der Partei mit der grössten und derjenigen mit der kleinsten Lücke betrachtet, ist ersichtlich, dass in den kleinsten Gemeinden mit weniger als

1999 EinwohnerInnen sowie auch in Gemeinden, die zwischen 5000 bis 9999 EinwohnerInnen aufweisen, ein Trend zur Volkspartei besteht, da die Differenzen kleiner werden, bzw. die Parteien sich einander bei fast allen Berufskategorien annähern. Ausnahmen bilden hier die BeamtInnen und die LehrerInnen. In der zweitgrössten Gemeindekategorie fällt zusätzlich auch noch der Bauernstand aus dem Rahmen. In den grössten Gemeinden ab 20000 EinwohnerInnen kann man nicht auf eine Annäherung der Parteien schliessen, da die Differenzen zwischen den Prozentverteilungen in der Mehrzahl der Berufskategorien im 2002 zugenommen haben. Als Schlussfolgerung kann man somit sagen, dass in kleinen und mittleren Gemeinden eine Entwicklung in Richtung Volksparteien stattfindet, während in den grössten Gemeinden das Gegenteil der Fall ist. Die Hypothese von Kirchheimer kann man laut dieser Untersuchung für kleine und mittlere Gemeinden nicht falsifizieren.

Tabelle 5: Differenz zwischen der Partei mit der grössten und derjenigen mit der kleinsten Lücke bei der Anhängerschaft (in Prozentpunkten); nach Gemeindegrösse

Einwohnerzahl	-1999		2000-4999		5000-9999		10000-19999		20000+	
	1990	2002	1990	2002	1990	2002	1990	2002	1990	2002
Freiberufliche	34	29	41	27	49	27	41	20	16	7
Bauern/Bäuerinnen	67	63	81	73	82	72	76	89	17	22
Gewerbetreibende	47	40	69	49	63	54	69	56	69	82
Industrielle	44	44	70	61	80	70	92	78	79	83
Hausfrauen/-männer	8	7	6	12	13	7	14	11	6	22
Leitende Angestellte	19	12	24	14	25	8	17	19	26	12
Mittlere/untere Angestellte	6	5	5	10	8	6	12	10	14	13
ArbeiterInnen	22	22	50	38	50	43	67	51	42	55
BeamtInnen	14	20	10	19	6	22	21	17	10	28
Studierende	36	31	36	31	67	23	50	49	14	47
LehrerInnen	42	49	41	55	60	50	38	50	36	35
RentnerInnen	5	4	6	21	64	26	53	28	14	25

Grau eingefärbt sind die Zunahmen.

4.2.3. Berufe der Aktiven 2002

In Gemeinden bis 9999 EinwohnerInnen sind im Gegensatz zu der Anhängerschaft bei den FDP-Lokalsektionen vor allem die Freiberuflichen übervertreten mit 7% bei einem Durchschnitt von 5% über alle Parteien. Ebenfalls gut vertreten sind die leitenden Angestellten mit 3% über dem Durchschnitt. Untervertreten sind die Bauern und Bäuerinnen sowie die ArbeiterInnen in den

Lokalparteien der FDP. Die CVP bewegt sich um den Durchschnitt. Einzig bei den ArbeiterInnen weist sie die grösste Überrepräsentation auf mit 3% über dem Durchschnitt. Bei der SVP sind die Bauern und Bäuerinnen mit 31% sehr gut vertreten, wobei der Durchschnitt bei nur 13% liegt. Im Gegensatz dazu sind sie bei der SP sehr schlecht vertreten. In diesen Lokalsektionen erhalten die Angestellten, die BeamtenInnen sowie die LehrerInnen die grösste Aufmerksamkeit.

Bei der FDP verstärkt sich der Trend in Gemeinden mit 2000 bis 4999 EinwohnerInnen, das heisst, dass die Übervertretung der Freiberuflichen hier grösser ist mit 3% über dem Durchschnitt bei den Freiberuflichen und 6% bei den Angestellten. Die CVP bewegt sich auch hier um den Durchschnitt und weicht bei keiner Berufskategorie mehr als 2% vom Durchschnitt ab. Immer noch stark übervertreten sind bei der SVP die Bauern und Bäuerinnen sowie neu die Gewerbetreibenden. Untervertreten sind die Angestellten und die LehrerInnen. Bei der SP bleibt das Bild ähnlich wie in den kleinsten Gemeinden.

Tabelle 6: Die Berufe der Aktiven 2002 in Gemeinden mit 2000 bis 4999 EinwohnerInnen

	alle Parteien	FDP	CVP	SVP	SP	(GPS)
Freiberufliche	5%	8%	4%	3%	4%	7%
Bauern und Bäuerinnen	9%	5%	8%	25%	1%	0%
Gewerbetreibende	12%	14%	14%	18%	3%	6%
Industrielle	2%	3%	2%	2%	0%	0%
Hausmänner und Hausfrauen	11%	10%	11%	9%	12%	14%
leitende Angestellte	14%	20%	13%	10%	12%	14%
Angestellte	18%	17%	16%	15%	23%	30%
ArbeiterInnen	6%	3%	8%	4%	9%	0%
BeamteInnen	5%	4%	6%	5%	8%	3%
Studierende	2%	2%	1%	0%	3%	3%
LehrerInnen	5%	3%	5%	1%	11%	8%
RentnerInnen	10%	10%	10%	7%	12%	10%
Andere	2%	1%	2%	2%	2%	4%
Total	100%	100%	100%	100%	100%	100%
N=	386	111	66	74	126	9

Grau eingefärbt sind die markantesten Werte. Die GPS erscheint in Klammern, da die Fallzahl weniger als 10 beträgt.

Mit zunehmender Gemeindegrösse bleiben diese Trends in den verschiedenen Lokalparteien gleich. Als kurze Zusammenfassung dieses Abschnittes kann deshalb gesagt werden, dass folgende Trends in allen Gemeindegrössen zu finden sind. Die CVP bewegt sich um den

Durchschnitt. Bauern und Bäuerinnen sowie Gewerbetreibende sind in der SVP übervertreten (verglichen mit dem Durchschnitt über alle Parteien), während diese in der SP und der FDP kaum zu finden sind. Angestellte, ArbeiterInnen und LehrerInnen finden ihren Platz vorwiegend in der SP und die Freiberuflichen und leitenden Angestellten in der FDP. In der GPS finden sich vor allem Angestellte und Hausfrauen bzw. -männer. Die Hypothese von Kirchheimer kann deshalb nicht bestätigt werden für die FDP, SVP und SP. Einzig die CVP kann auf der Ebene der Aktiven den Ansprüchen einer Volkspartei gerecht werden.

4.2.4. Berufe der Aktiven im Vergleich mit dem Jahr 1990

In Gemeinden mit bis zu 1999 EinwohnerInnen sind in den Lokalsektionen der FDP 1990 wie auch 2002 die Freiberuflichen, die leitenden Angestellten sowie auch die mittleren und unteren Angestellten am stärksten überrepräsentiert. Prozentual gesehen hat die Vertretung der Freiberuflichen von 4% im Jahre 1990 auf 7% im Jahre 2002 zugenommen. Die Bauern und Bäuerinnen sind auch 1990 sehr schlecht vertreten in der FDP. Auch bei der CVP sind kaum Unterschiede zu vermerken. Sie bewegt sich um den Durchschnitt. Die Veränderung hier ist nur, dass die Angestellten 1990 nicht übervertreten sind in der CVP, sondern im Durchschnitt liegen. Die Bauern und Bäuerinnen sind auch 1990 bei der SVP am besten vertreten. Prozentual umfassen sie 1990 40% und 31% 2002, während der Durchschnitt bei 15% bzw. 13% liegt. Gegenüber 1990 hat somit prozentual eine Abnahme dieser Berufskategorie stattgefunden. Diese ist jedoch auch hier auf den Rückgang dieses Berufsstandes zurückzuführen. Die Gewerbetreibenden sind in beiden Erhebungszeitpunkten gleich stark überrepräsentiert bei der SVP. Auch im Jahre 1990 sind die Angestellten, die ArbeiterInnen sowie die Lehrerschaft in den SVP-Lokalsektionen untervertreten. Während die Freiberuflichen 1990 noch unterdurchschnittlich vertreten sind bei der SP, sind sie 2002 gerade im Durchschnitt. Dasselbe gilt bei den leitenden Angestellten. Dies könnte auf einen Trend in Richtung Volkspartei hinweisen. Bei der SP sind die Hausfrauen und Hausmänner 1990 etwas besser vertreten als 2002. 1990 liegen sie 3% über dem Durchschnitt, während sie 2002 mit 12% gerade im Durchschnitt liegen. Auch die ArbeiterInnen sind im Jahre 1990 mit 11% über dem Durchschnitt sehr viel besser repräsentiert als mit 2% im Erhebungsjahr 2002. Hier hat die stärkste Veränderung stattgefunden. Eine Verbesserung ist bei der Repräsentation der LehrerInnen zu verzeichnen.

Der Trend bleibt auch 1990 ähnlich, was die Über- und Untervertretung gewisser Berufsstrukturen in den Lokalparteien angeht bei den Gemeinden mit 2000 bis 4999 EinwohnerInnen. Die leitenden Angestellten sind 2002 etwas besser vertreten als 1990 verglichen mit dem Durchschnitt. Die CVP bleibt durchschnittlich. Bei den Bauern und Bäuerinnen in der SVP ist der Unterschied zwischen 1990 und 2002 kaum mehr ersichtlich. Die Vertretung der ArbeiterInnen hat sich bei der SP auch in dieser Gemeindegrösse verschlechtert.

Bei der Betrachtung der Gemeinden mit 5000-9999 EinwohnerInnen sieht man, dass die Freiberuflichen 2002 stärker übervertreten sind in den FDP-Lokalparteien als 1990.

Auch bei der Gruppe der zweitgrössten Gemeinden mit 10000 bis 19999 EinwohnerInnen sind die Freiberuflichen in der FDP 1990 genau durchschnittlich vertreten, während sie 2002 4% über dem Durchschnitt liegen. Sogar die CVP kommt hier etwas in Bewegung. Die Abweichungen sind zwar nicht gross, aber immerhin vorhanden. Die Gewerbetreibenden sind 1990 sowie auch 2002 untervertreten um 4% bzw. 5% unter dem Durchschnitt. Ein ähnliches Bild ergibt sich bei den leitenden und den mittleren und Angestellten 1990. 2002 ist jedoch der Anteil der leitenden Angestellten wieder genau im Durchschnitt mit 13%. Die RentnerInnen befinden sich bei der SP 2002 stark über dem Durchschnitt, während sie 1990 noch 2% unter dem Durchschnitt vertreten sind. Die LehrerInnen sind auch hier 2002 besser vertreten als 1990.

Bei Gemeinden mit mehr als 20000 EinwohnerInnen lassen sich mit dem 1990er Datensatz keine plausiblen Resultate finden, da die CVP, SVP sowie die GPS zu kleine Fallzahlen aufweisen

Zwischen 1990 und 2002 sind somit gewisse kleinere Unterschiede vorhanden, die jedoch nicht auf eine Entwicklung der Kirchheimerschen These in Richtung Volkspartei hinweisen würden. Was beispielsweise die Freiberuflichen und die leitenden Angestellten in der FDP sowie die LehrerInnen in der SP anbetrifft, ist genau das Gegenteil der Fall.

Wenn man jetzt auch bei den Aktiven einen Vergleich der Differenz zwischen der Partei mit dem grössten und derjenigen mit dem kleinsten Prozentsatz der jeweiligen Berufsgruppe macht, erkennt man, dass die Unterschiede zwischen den Parteien in Gemeinden unter 10000 EinwohnerInnen nicht abgenommen haben, das heisst, es herrscht kein Trend in Richtung Volkspartei. Einzig in Gemeinden mit 10000 bis 19999 EinwohnerInnen könnte man eine Annäherung der Parteien erkennen, Ausnahmen bilden die Berufskategorien Freiberufliche, Bauern und Bäuerinnen, die leitenden und mittleren/unteren Angestellten. Für Parteien in Gemeinden mit mehr als 20000 EinwohnerInnen kann durch die zu kleinen Fallzahlen im Jahr

2002 leider keine Aussage gemacht werden, auch die Differenzen von 1990 zu betrachten macht nicht viel Sinn, da nur ein Vergleich zwischen der FDP und der SP möglich wäre. Durch die Betrachtung der Aktiven nach Gemeindegrösse kommt man zu einem etwas anderen Resultat als bei der gesamtschweizerischen Betrachtung. Ausgleichend könnten die grossen Gemeinden wirken, die hier durch die zu kleinen Fallzahlen nicht berücksichtigt werden konnten.

Tabelle 7: Differenz zwischen der Partei mit dem grössten und derjenigen mit dem kleinsten Prozentsatz der jeweiligen Berufsgruppe bei den Aktiven (in Prozentpunkten); nach Gemeindegrösse

Einwohnerzahl	-1999		2000-4999		5000-9999		10000-19999		20000+	
	1990	2002	1990	2002	1990	2002	1990	2002	1990	2002
Freiberufliche	3	6	3	5	5	10	9	10	-	-
Bauern/Bäuerinnen	39	29	26	24	14	15	14	15	-	-
Gewerbetreibende	10	11	14	15	14	27	20	17	-	-
Industrielle	3	3	4	3	5	4	4	3	-	-
Hausfrauen/-männer	10	2	6	3	5	5	7	7	-	-
Leitende Angestellte	4	5	7	10	7	7	9	10	-	-
Mittlere/untere Angestellte	8	11	10	8	9	11	9	14	-	-
ArbeiterInnen	18	6	9	6	6	6	8	5	-	-
BeamtenInnen	5	7	5	4	8	6	8	5	-	-
Studierende	2	2	1	3	2	3	7	4	-	-
LehrerInnen	4	10	6	10	9	15	11	10	-	-
RentnerInnen	5	1	6	5	4	7	15	10	-	-

Grau eingefärbt sind die Zunahmen.

4.3. Kantonale Betrachtung

Wir beschränken uns in unserer Analyse auf die Kantone Zürich, Bern und Luzern. Zürich und Bern, weil sie grosse Fallzahlen haben und somit aussagekräftige Resultate liefern und Luzern, weil interessante Unterschiede zum reformierten Kanton Zürich ausgemacht werden können.

4.3.1. Lücken in der Anhängerschaft 2002

Erstaunlicherweise weisen die FDP-Sektionen der Kantone Bern und Luzern Lücken von 22% bzw. 25% bei den Freiberuflichen auf, während diese im Kanton Zürich mit 6% sehr gut vertreten sind. Bei den Grünen im Kanton Bern sind sie ebenfalls gut integriert mit nur 12% Lokalsektionen, die einen Mangel an Freiberuflichen aufweisen. Am schlechtesten vertreten sind

die freiberuflichen Anhänger in der SP des Kantons Bern mit 42% der Lokalsektionen, die angeben, diese Berufskategorie kaum oder nicht in ihrer Runde zu haben. Aber auch in den Kantonen Zürich und Luzern sind sie nur spärlich in der SP zu finden mit einer Lücke von 34% bzw. 36%. Auch in der CVP und der SVP aller drei Kantone sind die Freiberuflichen schlecht vertreten.

Grosse Unterschiede bei der Vertretung der Bauern und Bäuerinnen sind bei den Lokalsektionen der FDP zu finden. Im Kanton Zürich geben 91% an, diese Berufsgruppe sei bei ihnen kaum oder nicht vertreten, im Kanton Bern sinkt dieser Bestand auf 76% und im Kanton Luzern sind es nur noch 25%. Der Grund für diese Unterschiede ist wohl darauf zurückzuführen, dass die Kantone Bern und Luzern ländlicher sind und somit mehr Bauern und Bäuerinnen haben.

Auffallend ist auch das folgende Resultat. Die Bauern und Bäuerinnen sind in der CVP des reformierten Kantons Zürich sehr schlecht vertreten mit 80%, während sie im katholischen Kanton Luzern mit einer Lücke von 10% sehr gut vertreten sind. Die Konfession spielt hier eine grosse Rolle. Leider kann man diesen Vergleich nicht mit dem Kanton Bern machen, da weniger als 10 CVP-Lokalsektionen antworteten und somit nicht aussagekräftige Resultate liefern. In der SVP sind die Bauern und Bäuerinnen in allen Kantonen gut integriert, am besten im Kanton Zürich mit 8%, während sie bei den zwei linken Parteien wie erwartet überall schlecht vertreten sind.

Tabelle 8: Bauern/Bäuerinnen 2002 in der Anhängerschaft; Kantone Zürich, Bern und Luzern

Bauern/Bäuerinnen kaum vertreten	ZH	BE	LU
FDP	91	76	25
CVP	80	(100)	10
SVP	8	12	10
SP	84	90	86
GPS	68	53	(33)

Die Werte in Klammern basieren auf weniger als 10 Fällen.

Der Unterschied zwischen den Kantonen Zürich (20%) und Luzern (6%) in den CVP-Lokalsektionen ist auch bei den Gewerbetreibenden feststellbar, wenn auch weniger extrem. Bei den linken Parteien sind die Gewerbetreibenden in allen drei Kantonen schwach vertreten, wenn

auch nicht so schlecht wie die Bauern und Bäuerinnen. FDP und SVP weisen hingegen in allen drei Kantonen keine Lücken an Gewerbetreibenden auf.

Die Hausfrauen und -männer sind in allen Parteien der drei Kantone häufig zu finden, die Prozentangaben gehen nicht über 20%. Auffallend ist wiederum der Unterschied bei den Lokalsektionen der CVP im Kanton Zürich und im Kanton Luzern. Während im Kanton Zürich 17% der CVP-Lokalparteien angeben, einen Mangel an Hausfrauen und Hausmännern in ihrer Partei zu haben, sind es im Kanton Luzern nur 6%.

Dieser Unterschied in der CVP zwischen den zwei Kantonen ist auch bei den leitenden, mittleren und unteren Angestellten sowie bei den ArbeiterInnen zu finden.

Die ArbeiterInnen sind in der FDP des Kantons Zürich am schlechtesten vertreten mit einer Lücke bei 64% der Sektionen. Aber auch die anderen Kantone weisen eine Lücke an dieser Berufskategorie auf. Am meisten anzutreffen sind AnhängerInnen aus der Arbeiterschaft in der SVP des Kanton Luzern (0% Sektionen mit Lücke).

Die CVP spricht so ziemlich alle Berufsgruppen stark an im Kanton Luzern, da sie sich dort vor allem durch die katholische Konfession profiliert. Sie kann somit als Volkspartei im Sinne von Kirchheimer bezeichnet werden.

4.3.2. Lücken in der Anhängerschaft im Vergleich mit dem Jahr 1990

Die Freiberuflichen sind im Kanton Zürich in den FDP-Lokalsektionen mit 10% um 4% schlechter vertreten als im Jahre 2002. Umgekehrt ist es in den Kantonen Bern und Luzern der Fall, wo die Lücken damals noch nicht bestanden haben mit 13% bzw. 17%. Was ihre Vertretung in den CVP-Lokalsektionen anbelangt, ist diese nur im Kanton Zürich mit 19% nicht schlecht. Die beiden anderen Kantone weisen beide Lücken von 38% auf. Im Vergleich mit 2002 hat sich die Vertretung im Kanton Zürich verschlechtert und in den anderen Kantonen verbessert, wobei das Resultat des Kantons Bern von 2002 mit Vorsicht zu geniessen ist, da weniger als 10 Lokalparteien eine Antwort gegeben haben. Bei der SVP und der SP bestanden bestehen schon damals Lücken.

Bei den Bauern und Bäuerinnen hebt sich der Kanton Luzern 1990 viel stärker von den beiden reformierten Kantonen ab mit nur 10% der Parteien, die angeben kaum oder keine Bauern und Bäuerinnen in ihren Lokalsektionen vertreten zu haben. Im Jahr 2002 sind es 25%, was auch hier durch den Rückgang des Bauernstandes zu begründen ist. Im Kanton Bern sind sie 1990 schlechter vertreten mit einer Lücke von 96% und im Kanton Zürich kommt es zu keinen

Verschiebungen. Die CVP hat auch schon 1990 viel mehr Bauern und Bäuerinnen vertreten im Kanton Luzern im Vergleich zu den anderen zwei Kantonen, die grosse Lücken aufweisen. In den SP-Lokalsektionen des Kantons Zürich ist der Bauernstand heute um 10 Prozentpunkte besser vertreten als 1990 durch ihren Trend zur Mittelstandspartei, während er im Kanton Luzern eine Verschlechterung von ganzen 19 Prozentpunkten erfahren hat.

Bei den Gewerbetreibenden ist der Unterschied zwischen den Kantonen Zürich (12%) und Bern (10%) in den CVP-Lokalsektionen 1990 nicht so stark vorhanden. Die Lücken in den linken Parteien sind 1990 ziemlich grösser in allen Kantonen. In der CVP des Kantons Berns sind die Gewerbetreibenden schlecht vertreten mit einer Lücke von 54%, während keine Lücke in den beiden anderen Kantonen vorhanden ist.

Die Hausfrauen und -männer sind in den FDP-Lokalsektionen 1990 besser vertreten mit 9% im Kanton Zürich, 13% im Kanton Bern und 5% im Kanton Luzern. 2002 sind es 14%, 16% bzw. 20% der Parteien, die kaum oder keine Hausfrauen und -männer haben. Dasselbe gilt für die CVP vor allem des Kantons Zürich, wo der Mangel 1990 nur 0% und 2002 6% beträgt. Hier ist die Vertretung jedoch im Unterschied zu 2002 im Kanton Zürich besser als im Kanton Luzern mit 4%. Lücken sind aber in keiner Partei und in keinem Kanton vorhanden. Das schlechteste Resultat liefert die FDP des Kantons Bern mit 13%.

Auch bei den leitenden, mittleren und unteren Angestellten ist das typische Muster der CVP-Lokalparteien von 2002 noch nicht vorhanden im Jahre 1990, denn diese Berufe sind im Kanton Luzern alle schlechter vertreten als im Kanton Zürich. Bei den leitenden Angestellten verbessert sich die Vertretung im Kanton Zürich von 17% auf 2% und verschlechtert sich im Kanton Luzern von 6% auf 16%. Ähnlich sieht es bei der Vertretung der mittleren und unteren Angestellten aus. Im Kanton Zürich verbessert sich die Integration der Anhängerschaft dieser Berufsstruktur von 14% auf 0%, während sie im Kanton Luzern bei 4% bleibt.

Die ArbeiterInnen sind auch schon 1990 in der FDP des Kantons Zürich am schlechtesten vertreten mit 84%. Bis heute hat sich die Lücke um 20 Prozentpunkte verkleinert. Auch im Kanton Bern sind sie besser vertreten, das Gegenteil ist im Kanton Luzern der Fall. Bei der CVP ist hier wieder das typische Muster zu finden. Im Kanton Zürich geben 41% an, kaum ArbeiterInnen in ihren Kreisen zu haben, im Kanton Bern 23% und im katholischen Kanton Luzern nur gerade 4%. Dieses Bild hat sich 2002 nicht stark verändert. Die SVP hat in den Kantonen Zürich und Bern stark zugelegt bei dieser Berufskategorie. Es handelt sich um eine Steigerung von 40% (1990) auf 16% (2002) in Zürich und von 31% (1990) auf 23% (2002) in

Bern trotz der gleichzeitigen Abnahme dieses Berufsstandes in der Gesamtbevölkerung. In der SP sind die ArbeiterInnen heute in allen drei Kantonen etwas schlechter vertreten als 1990.

In der folgenden Tabelle sind wiederum die Differenzen zwischen der Partei mit der grössten und derjenigen mit der kleinsten Lücke bei der Anhängerschaft aufgeführt. Die Daten des Kantons Luzern weisen absolut nicht in Richtung Volkspartei, da die Parteien sich fast ausnahmslos voneinander wegbewegen. Nur bei den Freiberuflichen, den Gewerbetreibenden und den RentnerInnen haben sie sich etwas angenähert. Eine Erklärung könnte sein, dass die Differenzen im Kanton Luzern 1990 bei fast allen Berufsgruppen unter denjenigen der Kantone Zürich und Bern liegen. Etwas eher nach der These von Kirchheimer sieht es in den Kantonen Zürich und Bern aus, wo sich die Parteien bei den meisten Berufskategorien annähern.

Tabelle 9: Differenz zwischen der Partei mit der grössten und derjenigen mit der kleinsten Lücke bei der Anhängerschaft (in Prozentpunkten); Kantone Zürich, Bern und Luzern

	Kanton Zürich		Kanton Bern		Kanton Luzern	
	1990	2002	1990	2002	1990	2002
Freiberufliche	27	28	43	30	25	16
Bauern/Bäuerinnen	85	83	91	78	57	76
Gewerbetreibende	69	56	74	55	82	73
Industrielle	83	70	78	65	33	53
Hausfrauen/-männer	9	9	13	11	4	14
Leitende Angestellte	27	13	21	7	7	24
Mittlere/untere Angestellte	14	9	11	8	7	14
ArbeiterInnen	69	48	67	49	13	30
BeamtenInnen	13	24	14	22	21	56
Studierende	61	24	27	49	35	63
LehrerInnen	49	62	29	62	46	63
RentnerInnen	33	34	4	17	15	13

Grau eingefärbt sind die Zunahmen.

4.3.3. Berufe der Aktiven 2002

In den FDP-Lokalsektionen des Kantons Zürich sind die Freiberuflichen mit 12% und die leitenden Angestellten mit 24% sehr stark überrepräsentiert im Vergleich mit dem Durchschnitt von 6% bzw. 15% über alle Parteien. Die Bauern und Bäuerinnen sind weder bei der FDP noch bei der SP vertreten. Bei den Lokalparteien der SP sind die Angestellten mit 28% sehr gut vertreten. Auch die Lehrerschaft findet ihren Platz vorwiegend in der SP mit 11%, was 6% über dem Durchschnitt liegt. Die Gewerbetreibenden sind in diesen Lokalparteien im Kanton Zürich

sehr stark untervertreten. Es zeigt sich eine Ansammlung bestimmter Berufsgruppen zu bestimmten Parteien.

Die Bauern und Bäuerinnen sind auch bei den CVP-Lokalparteien untervertreten, mit nur 1% Aktiven aus dieser Berufsgattung, während der Durchschnitt bei 7% liegt. Überrepräsentiert sind hier die RentnerInnen mit 11% über dem Durchschnitt.

Ihren Platz finden die Bauern und Bäuerinnen vor allem in den Lokalparteien der SVP, wo sie mit 22% bei einem Durchschnitt von 7% stark übervertreten sind. Auch die Gewerbetreibenden sind in der SVP überdurchschnittlich vertreten.

Im Unterschied zum Kanton Zürich sind die Freiberuflichen in den FDP-Ortsparteien des Kantons Bern etwas weniger stark überrepräsentiert mit 7% bei einem Durchschnitt von 4%. Auch in diesem Kanton sind die leitenden Angestellten in der FDP stark überrepräsentiert. Interessant ist, dass die Vertretung der Angestellten in der SP des Kantons Zürich mit 12%, im Kanton Bern mit 4% über dem Durchschnitt viel schwächer ist. Dafür sind sie bei der GPS im Kanton Bern überdurchschnittlich engagiert, während sie im Kanton Zürich genau im Durchschnitt liegen. Bei den Bauern und Bäuerinnen ergibt sich eine ähnliche Verteilung wie im Kanton Zürich. Über die CVP können im Kanton Bern leider keine Aussagen gemacht werden, da nur 5 Lokalparteien geantwortet haben.

Im Kanton Luzern sind die Freiberuflichen in der FDP erstaunlicherweise leicht unterrepräsentiert mit 2%. Der Durchschnitt beträgt 4%. Dafür sind die Gewerbetreibenden im Vergleich zu den vorangehenden Kantonen viel stärker vertreten mit 21% beziehungsweise 6% über dem Durchschnitt. Die Bauern und Bäuerinnen verteilen sich besser über die drei bürgerlichen Parteien, sind aber dennoch auch im Kanton Luzern in der SVP am besten vertreten. Auch die leitenden Angestellten sind in jeder Bundesratspartei durchschnittlich vorhanden.

Die Angestellten sind in den Lokalsektionen der SP des Kantons Luzern viel besser repräsentiert als in den Kantonen Zürich und Bern. Sie machen 40% aus und liegen somit mit 23% über dem Durchschnitt.

4.3.4. Berufe der Aktiven im Vergleich mit dem Jahr 1990

Bei den Freiberuflichen fällt auf, dass sie in den SP-Lokalsektionen im Jahre 1990 im Kanton Zürich mit 12% überdurchschnittlich vertreten sind, während sie 2002 leicht unter dem Durchschnitt liegen (mit 5%). Die Verteilung der Bauern und Bäuerinnen zwischen den Parteien hat sich zu 1990 kaum geändert. Die Gewerbetreibenden sind etwas weniger stark

überrepräsentiert 1990 mit 5% als 2003 mit 13% über dem Durchschnitt. Auffallend ist bei den SP-Lokalsektionen in Zürich die Abnahme der ArbeiterInnen zwischen 1990 und 2002.

Während die leitenden Angestellten in den SP-Lokalsektionen des Kanton Bern 1990 mit 2% unter dem Durchschnitt vertreten sind, sind sie es 2003 mit 1% über dem Durchschnitt. Die Lehrerschaft ist 2003 besser repräsentiert als 1990.

Was den Kanton Luzern anbelangt, sind keine Aussagen zu Veränderungen in den Lokalparteien der SVP und der GPS zu machen. Bei den FDP-Lokalsektionen sind 1990 die Hausfrauen und Hausmänner im Gegensatz zu 2002 nicht unterrepräsentiert. Die Bauernschaft ist 1990 etwas stärker über dem Durchschnitt vertreten bei der CVP.

In den SP-Lokalsektionen sind die Angestellten mit 4% über dem Durchschnitt 1990 weniger stark überrepräsentiert als 2003 mit 23% über dem Durchschnitt. Die ArbeiterInnen sind damals noch übervertreten in der SP.

Wenn man die Differenzen zwischen der Partei mit dem grössten und derjenigen mit dem kleinsten Prozentsatz der jeweiligen Berufsgruppe bei den Aktiven betrachtet, fällt auf, dass die These von Kirchheimer, dass sich die Parteien in Richtung Volksparteien bewegen und somit alle Berufsgruppen ansprechen, hier eher die Bestätigung bringt als bei den Resultaten der Anhängerschaft.

Tabelle 10: Differenz zwischen der Partei mit dem grössten und derjenigen mit dem kleinsten Prozentsatz der jeweiligen Berufsgruppe bei den Aktiven (in Prozentpunkten); Kantone Zürich, Bern und Luzern

	Kanton Zürich		Kanton Bern		Kanton Luzern	
	1990	2002	1990	2002	1990	2002
Freiberufliche	10	10	6	4	2	3
Bauern/Bäuerinnen	27	22	27	29	21	23
Gewerbetreibende	15	23	14	15	13	20
Industrielle	4	4	4	4	2	2
Hausfrauen/-männer	11	9	9	7	6	6
Leitende Angestellte	15	15	12	11	5	2
Mittlere/untere Angestellte	9	18	10	12	4	26
ArbeiterInnen	7	5	17	9	2	3
BeamInnen	4	1	25	7	8	2
Studierende	14	6	2	2	2	0
LehrerInnen	10	10	4	14	14	13
RentnerInnen	7	14	9	7	2	7

Grau eingefärbt sind die Zunahmen.

Vor allem im Kanton Zürich ist die Annäherung der Parteien sehr auffällig. Nur bei den Gewerbetreibenden, den mittleren und unteren Angestellten und den RentnerInnen hat sich die Differenz vergrößert. Auch im Kanton Bern nähern sich die Parteien einander an, denn nur bei vier Berufskategorien nimmt die Differenz zu. Der Kanton Luzern hingegen steht auch hier weniger im Sinne Kirchheimers, da sich die Parteien bei der Hälfte der Berufsgattungen auseinander bewegen. Auch hier kann man wieder argumentieren, dass der Kanton Luzern schon im Jahre 1990 die kleineren Differenzen aufweist als im 2002 und dadurch eine Vergrößerung der Differenzen stattgefunden hat.

5. Fazit

Der Inhalt unserer Arbeit war die Untersuchung der Berufsstrukturen der Anhängerschaft und der Aktiven in den Schweizer Lokalparteien. Wir betrachteten die vier Regierungsparteien FDP, CVP, SP und SVP sowie die GPS. Auf der Basis von Kirchheimers Hypothese, dass sich die Parteien zu Volksparteien („catch-all-parties“) entwickeln, formulierten wir folgende Fragestellung: Haben sich die Schweizer Lokalparteien zwischen 1990 und 2002 tendenziell von Massenintegrationsparteien zu Volksparteien gewandelt?

Die in diesem Papier angestellten Betrachtungen weisen nicht eindeutig auf eine Entwicklung hin, wie sie Kirchheimer (1965) in seiner Volksparteien-These voraussagt. Die Hypothese kann aber auch nicht falsifiziert werden. Bei allen Kategorien konnte gezeigt werden, dass die Parteien nach wie vor gewisse Berufsgruppen mehr oder weniger mobilisieren können, insofern also noch immer Reste von Massenintegrationsparteien vorhanden sind. Die Daten dokumentieren die erwarteten Affinitäten (Bauern bei der SVP, Freiberufliche bei der FDP usw.).

Diese abschliessenden Befunde decken sich mit von Beymes Feststellung, dass sich die Parteien nur sehr schwer theoretisieren lassen (2000: 14f.). Gerade auch die Übernahme der klassischen Theorie Kirchheimers, die er vor dem Hintergrund der deutschen Parteienlandschaft mit ihren gegenüber der Schweiz unterschiedlichen institutionellen Einflussfaktoren formulierte, ist nicht unproblematisch.

6. Literaturverzeichnis

- Beyme, Klaus von (2000), „Parteien im Wandel. Von den Volksparteien zu den professionalisierten Wählerparteien“, Wiesbaden.
- Geser, Hans (1994), „Die kommunalen Parteien der Schweiz als Gegenstand der soziologischen Analyse“, Geser, Hans, Ladner, Andreas, Schaller, Roland und Thanh-Huyen Ballmer-Cao (1994), „Die Schweizer Lokalparteien“, Zürich.
- Katz, Richard S. und Peter Mair (1993), „The Evolution of Party Organizations in Europe: The Three Faces of Party Organization“, *The American Review of Politics* 14 (Winter), 593-617.
- Kirchheimer, Otto (1953/54), „Parteistruktur und Massendemokratie in Europa“, *Archiv des öffentlichen Rechts* 79, 301-325.
- Kirchheimer, Otto (1965), „Der Wandel des westeuropäischen Parteiensystems“, *Politische Vierteljahresschrift* 6 (1), 20-41.
- Ladner, Andreas und Roland Schaller (1994), „Zur Sozialstruktur der Lokalparteien“, Geser, Hans, Ladner, Andreas, Schaller, Roland und Thanh-Huyen Ballmer-Cao (1994), „Die Schweizer Lokalparteien“, Zürich.
- Mintzel, Alf (1984), „Die Volkspartei: Typus und Wirklichkeit. Ein Lehrbuch“, Opladen.